

**Zählergemeinschaft
19406 Sternberg
Hinter der Kirche 1**

Sternberg, den 03.09.2024

**An :
Bürgervorsteher Herrn Eckhardt Fichelman**

Betr. : Vorschlag für die Funktion als Gleichstellungsbeauftragten

Unser Vorschlag für die Funktion des Gleichstellungsbeauftragten nach dem Rücktritt von Frau Antje Kühl lautet Frau Marina Schmuhl. Sie ist Mitglied unserer Zählergemeinschaft. Das Einverständnis von Frau Marina Schmuhl auf unseren Vorschlag besteht.

Wir bitten um Kenntnisnahme und Rückinformation.

Mit freundlichen Grüßen,


Unger
Fraktionsvorsitzender

2

ANTRAG

der Fraktion der AfD in der Sternberger Stadtvertretung

Gemeinschaftsunterkunft in Dabel im Interesse der Region und der Stadt Sternberg stoppen

Die Stadtvertretung Sternberg möge beschließen:

I. Die Stadtvertretung stellt fest:

1. Die Migrationspolitik von Bund und Ländern hat zu einem umfassenden Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit des Staates geführt. Immer mehr Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns sind von der Unterbringungsproblematik des illegalen Zugangsgeschehens betroffen. Durch die Ankündigung einer Großunterkunft in der Gemeinde Dabel ist nun auch direkt das Sternberger Seenland ein Schauplatz für eine Politik, die von vielen Bürgern der Region in dieser Form nicht mehr akzeptiert wird. Die Stadtvertretung lehnt eine Gemeinschaftsunterkunft in Dabel ab.
2. Entgegen einer demokratischen Kultur, die Willensbildung vor Ort möglichst aktiv einbindet, wurden sowohl der Protest der Bürger in Dabel selbst als auch ablehnende Beschlüsse der Dabeler Gemeindevertretung von den Verantwortlichen des Landkreises und der Landesregierung zurückgewiesen oder ignoriert. Als Stadtvertretung solidarisieren wir uns mit allen Bürgern der Region, die ihre berechtigten Sorgen artikulieren und echte Mitsprache bei weitreichenden Entscheidungen in der Migrationspolitik einfordern.
3. Der deutsche Landkreistag hat in einem Positionspapier (02.09.24) betont, dass sowohl das nationale Asylrecht als auch das internationale Flüchtlingsrecht „unter einem Notstandsvorbehalt“ stehen und eine strikte Begrenzung der illegalen Migration erforderlich ist. Die Stadtvertretung begrüßt ausdrücklich die vorgeschlagenen Maßnahmen des Forderungskatalogs des deutschen Landkreistages für „eine grundsätzlich andere Migrationspolitik“.

II. Die Stadtvertretung ersucht den Bürgervorsteher und seine beiden Stellvertreter,

in einem gemeinsamen Brief die Position der Stadtvertretung zur geplanten Gemeinschaftsunterkunft in Dabel an die Dabeler Gemeindevertretung, den Dabeler Bürgermeister, den Landkreis und das Innenministerium offiziell mitzuteilen.

III. Die Stadtvertretung fordert die Bürgermeisterin auf,

1. sich beim Landkreis und der Landesregierung dafür einzusetzen, dass die Pläne für eine Großunterkunft in Dabel gestoppt werden;
2. die inhaltliche Grundausrichtung des Positionspapiers des deutschen Landkreistages bei Gesprächen auf Landkreisebene zu unterstützen und sich als gewählte Delegierte der Stadt Sternberg beim Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern für eine grundsätzliche Migrationswende im Sinne des Positionspapiers einzusetzen.

Jan-Phillip Tadsen und Fraktion

Begründung:

Die Migrationspolitik von Bund und Ländern der vergangenen Jahre hat in eine echte Vertrauenskrise gegenüber den politischen Verantwortlichen geführt. Aufgrund eines weiterhin stark anhaltenden Zugangsgeschehens sind die Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom Innenministerium angehalten worden, ihre Unterbringungskapazitäten deutlich auszuweiten. Dies führte jüngst dazu, dass nun auch im Amt Sternberger Seenlandschaft eine Großunterkunft in der Gemeinde Dabel entstehen soll. Ein breiter Bürgerprotest gegen diese Pläne hält bis heute an und kritisiert in erster Linie die Alternativlosigkeit des administrativen Vorgehens sowie die fehlender der Einbindung der betroffenen Kommunen. Die Errichtung einer solchen Einrichtung hat direkte Auswirkungen auf die Stadt Sternberg selbst und wird von vielen Bürgern unserer Stadtgesellschaft sehr kritisch gesehen.

Allgemein ist darüber hinaus festzuhalten, dass insbesondere in den Bereichen Integration, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit eine krisenhafte Verschleppung notwendiger politischer Antworten auf faktenbasierte Probleme zu beobachten ist. Die Dabeler Großunterkunft mit einer Gesamtkapazität von über 500 Plätzen ist aufgrund von kriminalstatistisch erwiesener Überrepräsentation junger arabischer Männer ein Sicherheitsrisiko für die Region. Sie ist ein weiteres Beispiel dafür, dass die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft nicht mehr funktioniert. Der Vollzug geltenden Rechts vor allem mit Blick auf europarechtliche Zuständigkeiten (kaum noch erfolgreiche Dublin-Verfahren) und Durchsetzung der Ausreisepflicht (massives Scheitern angesetzter Abschiebungen) ist mangelhaft und befördert die allgemeine Entfremdung gegenüber der Handlungsfähigkeit unseres Rechtsstaats. Die Sternberger Stadtvertretung sollte diese Fakten zum Anlass nehmen, die angeblich alternativlosen Pläne des Landkreises für die Dabeler Großunterkunft als ein Einknicken gegenüber dem migrationspolitischen Politikversagen von Bundes- und Landesregierung zu bewerten.

Das Sicherheitspaket der Bundesregierung in Reaktion auf den Terroranschlag von Solingen ist in Teilen zu begrüßen, aber in der Gesamtschau absolut unzureichend. Zur wirksamen Bekämpfung unerlaubter Einreisen ist die Ausrufung eines migrationspolitischen Notstands für ganz Deutschland vonnöten. In Folge dessen liegt es im Interesse der Region und der Stadt Sternberg, umfangreiche Zurückweisungen bei unerlaubten Einreiseversuchen an den deutschen Grenzen zu ermöglichen. Mit unserem Antrag fordern wir in erster Linie und in diesem Sinne den Bürgervorsteher und die Bürgermeisterin der Stadt Sternberg dazu auf, sich der Intention des umfassenden Positionspapiers des deutschen Landkreistages anzuschließen und damit die Interessen der Stadt selber und auch der Region offensiv zu vertreten.

Sehr geehrter Herr Bürgervorsteher,
Sehr geehrte Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter,
Sehr geehrte Gäste,

Ich begrüße Sie zur ordentlichen Sitzung der Stadtvertretung

Der Sommer geht seinem Ende entgegen. Der Volleyballplatz, den wir in diesem Jahr errichtet haben ist sehr gut genutzt worden. Der Bewegungspark erfreut sich großer Beliebtheit, leider müssen wir immer wieder mutwillige Zerstörung am Bewegungspark hinnehmen. Der Badestrand ist auch in diesem Jahr sehr gut besucht gewesen. Ein Dank gilt den Rettungsschwimmern des ASB für ihre gute Arbeit.

Es sind alle konstituierenden Sitzungen der Ausschüsse durchgeführt worden. Die Ausschüsse haben ihre Arbeit aufgenommen.

Viele Veranstaltungen und Feste haben in diesem Jahr stattgefunden. Allen Beteiligten die dazu beigetragen haben ein Dankeschön.

Die Tiefbauarbeiten für den Kita Neubau sind zum Wochenende abgeschlossen. Parallel dazu läuft die Baustelleneinrichtung der Firma Kunst für die Hochbauarbeiten die am 30.09.2024 beginnen werden. Mit der Ausschreibung der nachfolgenden Gewerke sind wir im Zeitplan.

Zu den Beschlussvorlagen:

1. Nachtragshaushalt der Stadt Sternberg für das Haushaltsjahr 2024

In der letzten Stadtvertreter Sitzung ist der 1. Nachtragshaushalt von der Stadtvertretung abgelehnt worden. Der Finanzausschuss und der Hauptausschuss haben zu dem Nachtragshaushalt nochmals beraten. Denn

Die Stadtvertretung hat gemäß § 48 Abs. 2 Ziffer 2 KV M-V eine Nachtragssatzung zu erlassen, wenn

- im Ergebnishaushalt bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen bei einzelnen Aufwandspositionen in einem im Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen erheblichen Umfang getätigt werden sollen oder müssen; entsprechendes gilt im Finanzhaushalt für Auszahlungen oder

- bisher nicht veranschlagte Auszahlungen für Investitionen oder Investitions-Förderungsmaßnahmen die geleistet werden sollen.

Als erheblich im Sinne des § 48 Abs. 2 Ziffer 3 KV M-V sind bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen bei einzelnen Aufwandspositionen, wenn sie 2 v.H. der ordentlichen Aufwendungen übersteigen. Entsprechend gilt die Erheblichkeitsgrenze für die Auszahlungen im Finanzhaushalt. Als geringfügig im Sinne des § 48 Abs.3 Ziffer 1 KV M-V gelten Auszahlungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen sowie unabweisbare Aufwendungen und Auszahlungen für Instandsetzungen an Bauten und Anlagen, wenn sie 10,0 T € nicht übersteigen.

2. Berufung des Seniorenbeirats der Stadt Sternberg für die Wahlperiode 2024 bis 2029

Gemäß § 3 (1) der Satzung des Seniorenbeirates der Stadt Sternberg können in den Seniorenbeirat bis zu 12 Mitglieder berufen werden. Der jeweils noch amtierende Beirat schlägt der neu gewählten Stadtvertretung zu Beginn ihrer Legislaturperiode auf der Grundlage der Delegierungsvorschläge der Senioren- und Sozialverbände, der Kirchen sowie aus dem Personenkreis der in der Seniorenarbeit erfolgreich arbeitenden ehrenamtlichen oder beruflich tätigen Bürgerinnen und Bürger, 12 geeignete Mitglieder, die Ihre Bereitschaft zur Arbeit im Beirat erklärt haben, zur Berufung in den Beirat vor.

Die Berufung hat spätestens in der 2. ordentlichen Sitzung der Stadtvertretung, nach ihrer Konstituierung, zu erfolgen.

Ich bedanke mich bei dem Seniorenbeirat für die geleistete Arbeit und wünsche dem neu berufenen Seniorenbeirat alles Gute für seine Arbeit.

3. Beschluss zur Aufhebung der Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten

Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Sternberg, Frau Antje Kühl, hat mitgeteilt, dass sie aus persönlichen Gründen nicht weiter als Gleichstellungsbeauftragte zur Verfügung steht.

Gemäß § 41 (2) der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern bedarf es eines Beschlusses zur Aufhebung der Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten.

Ich bedanke mich bei Frau Kühl für die geleistete Arbeit als Gleichstellungsbeauftragte und Wünsche ihr für die Zukunft alles Gute.

Ein kleiner Ausblick:

- Am 27.09.2024 ist Straßenfest in der Kütiner Straße und Tanz in den Herbst im Reitstall Sternberger Burg
- am 29.09.2024 wird es rund um den Marktplatz einen Flohmarkt geben, 80 Beteiligte werden ihre Waren anbieten und für das leibliche wohl ist gesorgt
- am 03.10.2024 findet in Rothen der Herbstmarkt statt und die Eröffnung der Ausstellung „Plakate gegen Krieg- nachdenken über Frieden“ um 11.00 Uhr
- am 11.10.2024 findet das Fest der Vereine statt, restkarten sind in der Touristinformation erhältlich
- am 12.10.2024 findet ein kleines Fest auf dem Markt statt der Verein Sternberg und Mehr lädt ab 19.00 Uhr dazu ein
- vom 01.12.2024 bis 23.12.2024 wird es wieder den Adventskalender geben. Ich freue mich, dass Frau Bohne in diesem Jahr von unseren Vereinen der Stadt Unterstützung bekommt

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Top 8.4

Zählergemeinschaft
Hinter der Kirche 1
19406 Sternberg

Bürgermeister Herr Eckhardt Fichelmann
Am Markt 1
19406 Sternberg

Sternberg, den 19.09.2024

Antrag der Zählergemeinschaft an die Stadtvertretung Sternberg

Die Stadtvertretung der Stadt Sternberg möge beschließen:

dass Frau Marina Schmuhl zu Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Sternberg bestellt wird.

Mit freundlichen Grüßen


D. E. Unger
Fraktionsvorsitzender

Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, Wfs, ZG (SPD, Die LINKE, Thomas Dolejs) zum

ANTRAG

der Fraktion der AfD in der Sternberger Stadtvertretung

Gemeinschaftsunterkunft in Dabel im Interesse der Region und der Stadt Sternberg stoppen

Die Stadtvertretung Sternberg möge beschließen:

- I. Die Stadtvertretung stellt fest:
 1. Die Migrationspolitik von Bund und Ländern hat zu einem umfassenden Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit des Staates geführt. Immer mehr Kommunen Mecklenburg-Vorpommern sind von der Unterbringungsproblematik des **legalen und** illegalen Zugangsgeschehens betroffen. Durch die Ankündigung einer Großunterkunft in der Gemeinde Dabel ist nun auch direkt das Sternberger Seenland ein Schauplatz für eine Politik, die von vielen Bürgern der Region in dieser Form nicht mehr akzeptiert wird. Die Stadtvertretung lehnt eine Gemeinschaftsunterkunft **in der vorgesehenen Größenordnung für 500 Migranten in Dabel ab. Wobei hier anzuerkennen ist, dass es Menschengruppen in anderen Ländern gibt, die den Schutz in unserem Land brauchen und dass aufgrund der hohen Zahlen dieser Menschen eine Umverteilung im Sinne echter Integrationsfähigkeit auf alle Länder, Städte und Gemeinden geben muss, die für die Städte und Gemeinden und deren Einwohner tragbar ist.**
 2. Entgegen einer demokratischen Kultur, die Willensbildung vor Ort möglichst aktiv einbindet, wurden sowohl der Protest der Bürger in Dabel selbst als auch ablehnende Beschlüsse der Dabeler Gemeindevertretung von den Verantwortlichen des Landkreises und der Landesregierung zurückgewiesen oder ignoriert. Als Stadtvertretung solidarisieren wir uns mit allen Bürgern der Region, die ihre berechtigten Sorgen artikulieren und echte Mitsprache bei weitreichenden Entscheidungen in der Migrationspolitik einfordern.
 3. Der deutsche Landkreistag hat in einem Positionspapier (02.09.24) betont, dass sowohl das nationale Asylrecht als auch das internationale Flüchtlingsrecht „unter einem Notstandsvorbehalt“ stehen und eine strikte Begrenzung der illegalen Migration erforderlich ist. Die Stadtvertretung begrüßt ausdrücklich die vorgeschlagenen Maßnahmen des Forderungskatalogs des deutschen Landkreistages für „eine grundsätzlich andere Migrationspolitik“.
- II. Die Stadtvertretung ersucht den Bürgervorsteher und seine beiden Stellvertreter,

in einem gemeinsamen Brief die Position der Stadtvertretung zur geplanten Gemeinschaftsunterkunft in Dabel an die Dabeler Gemeindevertretung, den Dabeler Bürgermeister Herrn Jörg Neumann, den Landrat Herrn Stefan Sternberg und den Innenminister Herrn Christian Pegel offiziell mitzuteilen.

III. Die Stadtvertretung fordert die Bürgermeisterin auf,

1. sich beim Landkreis und der Landesregierung dafür einzusetzen, dass die Pläne für eine Großunterkunft in Dabel gestoppt werden;
2. die inhaltliche Grundausrichtung des Positionspapiers des deutschen Landkreistages bei Gesprächen auf Landkreisebene zu unterstützen und sich als gewählte Delegierte der Stadt Sternberg beim Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern für eine grundsätzliche Migrationswende im Sinne des Positionspapiers einzusetzen.

Jan-Phillip Tadsen und Fraktion

Begründung:

Die Migrationspolitik von Bund und Ländern der vergangenen Jahre hat in eine echte Vertrauenskrise gegenüber den politischen Verantwortlichen geführt. Aufgrund eines weiterhin stark anhaltenden Zugangsgeschehens sind die Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom Innenministerium angehalten worden, ihre Unterbringungskapazitäten deutlich auszuweiten. Dies führte jüngst dazu, dass nun auch im Amt Sternberger Seenlandschaft eine Großunterkunft in der Gemeinde Dabel entstehen soll. Ein breiter Bürgerprotest gegen diese Pläne hält bis heute an und kritisiert in erster Linie die Alternativlosigkeit des administrativen Vorgehens sowie die fehlender der Einbindung der betroffenen Kommunen. Die Errichtung einer solchen Einrichtung hat direkte Auswirkungen auf die Stadt Sternberg selbst und wird von vielen Bürgern unserer Stadtgesellschaft sehr kritisch gesehen.

Allgemein ist darüber hinaus festzuhalten, dass insbesondere in den Bereichen Integration, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit eine krisenhafte Verschleppung notwendiger politischer Antworten auf faktenbasierte Probleme zu beobachten ist. **Wenn wir die Gemeinde Dabel mit ihren ca. 1300 Einwohnern betrachten, so kämen bei 500 Migranten jeweils ein Migrant auf weniger als drei Einwohner. Dies stellt ein Missverhältnis dar, und das obwohl noch nicht einmal die zu erwartenden demographischen Unterschiede zwischen einer durchwachsenen einheimischen Bevölkerung und den tendenziell jungen Migranten berücksichtigt sind.** Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, dass die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft nicht mehr funktioniert. Der Vollzug geltenden Rechts vor allem mit Blick auf europarechtliche Zuständigkeiten (kaum noch erfolgreiche Dublin-Verfahren) und Durchsetzung der Ausreisepflicht (massives Scheitern angesetzter Abschiebungen) ist mangelhaft und befördert die allgemeine Entfremdung gegenüber der Handlungsfähigkeit unseres Rechtsstaats. Die Sternberger Stadtvertretung sollte diese Fakten zum Anlass nehmen, die angeblich alternativlosen Pläne des Landkreises für die Dabeler Großunterkunft **anzuzweifeln und nicht dem migrationspolitischen Politikversagen von Bundes- und Landesregierung zuzustimmen.**

Das Sicherheitspaket der Bundesregierung in Reaktion auf den Terroranschlag von Solingen ist in Teilen zu begrüßen, aber in der Gesamtschau absolut unzureichend. Zur wirksamen Bekämpfung unerlaubter Einreisen ist die Ausrufung eines migrationspolitischen Notstands für ganz Deutschland vonnöten. In Folge dessen liegt es im Interesse der Region und der Stadt Sternberg, umfangreiche Zurückweisungen bei unerlaubten Einreiseversuchen an den deutschen Grenzen zu ermöglichen. Mit unserem Antrag fordern wir in erster Linie und in diesem Sinne den Bürgervorsteher und die Bürgermeisterin der Stadt Sternberg dazu auf, sich der Intention des umfassenden Positionspapiers des deutschen Landkreistages anzuschließen und damit die Interessen der Stadt selber und auch der Region offensiv zu vertreten.

Anmerkungen:

Blaue Textpassagen wurden gestrichen

Rote Textpassagen eingefügt = Endfassung